

Inhaltsübersicht

Grundlagen.....	1
§ 1 Einführung in das Familienrecht	1
I. Familienrecht: Begriff, Systematik und Beziehungen zu anderen Rechtsgebieten	2
II. Historische Wurzeln und Revisionen des Familienrechts	9
III. Rechtsquellen	18
§ 2 Ehe und Ehrech.....	21
I. Begriff der Ehe	21
II. Die Ehe als Vertrag und Institution	22
III. Ehe und Kirche.....	22
IV. Schutz der Ehe als Institution	22
V. Ehrech im formellen und materiellen Sinn	24
§ 3 Die eheähnliche Lebensgemeinschaft (Konkubinat).....	25
I. Überblick.....	26
II. Rechtsquellen	29
III. Zur rechtlichen Behandlung von Einzelaspekten der eheähnlichen Lebensgemeinschaft	32
IV. Zusammenhang mit dem Ehrech	53
Das Ehrech	57
§ 4 Verlobung und Verlöbnis	57
I. Einführung	57
II. Begriffe	58
III. Die Verlobung als Vertrag	58
IV. Beendigungsgründe.....	60
V. Folgen der Beendigung des Verlöbnisses ohne Eheschliessung.....	61
§ 5 Eheschliessung und Eheungültigkeit	63
I. Voraussetzungen	63
II. Vorbereitung der Eheschliessung und Trauung.....	65
III. Eheungültigkeit	67

§ 6 Allgemeine Wirkungen der Ehe	73
I. Die eheliche Gemeinschaft.....	73
II. Die Organisation der ehelichen Gemeinschaft	76
§ 7 Der persönliche Status der Ehegatten	83
I. Namen des täglichen Gebrauchs	83
II. Bürgerrecht.....	89
III. Wohnung und Wohnsitz der Ehegatten und Kinder	93
§ 8 Allgemeine vermögensrechtliche Wirkungen der Ehe	97
I. Unterhalt der Familie	98
II. Die «Vertretung» der ehelichen Gemeinschaft.....	114
III. Rechtsbeziehungen eines Ehegatten mit dem anderen Ehegatten und mit Dritten.....	121
IV. Der Schutz der Familienwohnung.....	124
V. Gegenseitige Auskunftspflicht	129
§ 9 Eheschutz («Schutz der ehelichen Gemeinschaft»)	131
I. Zweck und Aufgabe des Eheschutzes	132
II. Massnahmen des Eheschutzes.....	133
III. Voraussetzungen des gerichtlichen Eheschutzes	134
IV. Massnahmen nicht autoritativer Art	136
V. Autoritative Eheschutzmassnahmen.....	137
VI. Zuständigkeit und Verfahren.....	150
Ehescheidung und Ehetrennung	155
§ 10 Die Ehescheidung	155
I. Allgemeine Charakterisierung des Scheidungsrechts	158
II. Die Scheidungsgründe.....	159
III. Die persönlichen Wirkungen der Ehescheidung.....	165
IV. Die wirtschaftlichen Nebenfolgen der Ehescheidung.....	166
V. Kind und Scheidung der Eltern	221
VI. Das Scheidungsverfahren	229
VII. Die Ehetrennung.....	244

Das Ehegüterrecht	245
§ 11 Allgemeine Vorschriften zum ehelichen Güterrecht	245
I. Güterrecht und Güterstand	246
II. Der Ehevertrag	250
III. Verhältnis des Güterrechts zu vertraglichen Gestaltungen der Eigentumsverhältnisse (insbes. Ehegattengesellschaft und Miteigentum).....	255
IV. Verwaltung des Vermögens der Ehegatten.....	255
V. Inventar	257
VI. Schutz der Gläubiger	258
VII. Der ausserordentliche Güterstand der Gütertrennung.....	260
VIII. Örtliche und sachliche Zuständigkeit für Klagen über die güterrechtliche Auseinandersetzung	265
§ 12 Die Errungenschaftsbeteiligung	267
I. Allgemeine Charakterisierung.....	268
II. Überblick über die Gütermassen	268
III. Die einzelnen Gütermassen	269
IV. Verwaltung, Nutzung und Verfügung	280
V. Haftung	281
VI. Massenzuordnung von Schulden.....	281
VII. Zusammenwirken beider Gütermassen eines Ehegatten.....	283
VIII. Investition eines Ehegatten in Vermögen des anderen Ehegatten	290
IX. Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Art. 206 und 209 Abs. 3 ZGB	301
X. Hinzurechnung und Herabsetzung nach Art. 208 und 220 ZGB	303
XI. Auflösung des Güterstandes und güterrechtliche Auseinandersetzung	310
§ 13 Die vertraglichen Güterstände	323
I. Die Gütergemeinschaft.....	323
II. Die Gütertrennung.....	334
§ 14 Grundstücke in der güterrechtlichen Auseinandersetzung	337
I. Einführung und Problemstellung.....	338
II. Alleineigentum eines Ehegatten	340
III. Miteigentum beider Ehegatten	355
IV. Gesamteigentum zufolge Ehegattengesellschaft	362
V. Rechtsgeschäftsplanerische Bemerkungen zum Liegenschaftserwerb durch Ehegatten.....	366
VI. Sonderfall: Erwerb der Liegenschaft vor der Eheschliessung	370

Die Verwandtschaft	373
§ 15 Grundlagen des Kindesrechts	373
I. Begriff und Reichweite des Kindesrechts.....	373
II. Das Kindesverhältnis.....	375
III. Das Kindeswohl	377
§ 16 Entstehung des Kindesverhältnisses	381
I. Allgemeines und Überblick.....	382
II. Das Kindesverhältnis zur Mutter.....	385
III. Das Kindesverhältnis zum Vater bzw. zum zweiten Elternteil.....	387
IV. Adoption.....	401
V. Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung	419
§ 17 Wirkungen des Kindesverhältnisses	421
I. Übersicht	424
II. Die Gemeinschaft der Eltern und der Kinder	425
III. Die Unterhaltpflicht	433
IV. Die elterliche Sorge	451
V. Besuchsrecht (Persönlicher Verkehr).....	472
VI. Kinderschutz	479
VII. Das Kindesvermögen	488
§ 18 Die Familiengemeinschaft.....	493
I. Überblick.....	493
II. Die Verwandtenunterstützungspflicht	494
III. Die Hausgewalt	499
IV. Das Familienvermögen	502
Das Erwachsenenschutzrecht.....	505
§ 19 Grundsätze, Organisation und Verfahren	505
I. Vom Vormundschaftsrecht zum Erwachsenenschutzrecht.....	507
II. Begriff, Aufgabe und Rechtsnatur des Erwachsenenschutzrechts	509
III. Rechtsquellen	511
IV. Rechtsinstitute des Erwachsenenschutzrechts – Arten und Übersicht	513
V. Grundsätze des Erwachsenenschutzrechts.....	514
VI. Erwachsenenschutz und Handlungsfähigkeit	518
VII. Organisation und Verfahren im Allgemeinen.....	519
VIII. Erwachsenenschutzrechtliche Verantwortlichkeit.....	540

§ 20 Die Rechtsinstitute des Erwachsenenschutzrechts	543
I. Die eigene Vorsorge.....	545
II. Massnahmen von Gesetzes wegen bei Urteilsunfähigen	566
III. Die behördlichen Massnahmen	575
IV. Exkurs: Aufenthalt in Wohn- oder Pflegeeinrichtungen	613
 Intertemporales Recht und internationales Privatrecht	 617
§ 21 Intertemporales Recht	617
I. Gegenstand des intertemporalen Rechts.....	617
II. Allgemeine Regeln des schweizerischen intertemporalen Privatrechts	618
III. Bedeutung für das Ehrerecht	621
IV. Bedeutung für das Kindesrecht	629
V. Bedeutung für das Erwachsenenschutzrecht	634
 § 22 Internationales Privatrecht	 639
I. Gegenstand des internationalen Privatrechts	641
II. Das Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht	648
 Anhang I Illustration Unterhaltsberechnung ohne Betreuungsunterhalt	 665
Anhang II Illustration Unterhaltsberechnung mit Betreuungsunterhalt.....	669
Anhang III Illustration Berechnung Vorsorgeausgleich	679
Anhang IV Beispiel einer güterrechtlichen Auseinandersetzung.....	681
Anhang V Beispiel einer Liegenschaftsfinanzierung mittels WEF-Vorbezug (güter- und vorsorgerechtliche Folgen)	687
Anhang VI Miteigentum bei einer Liegenschaftsfinanzierung mittels Hypothek und ungleichmässigen Investitionen	699
Anhang VII Beispiel einer Abrechnung über eine zu Gesamteigentum erworbene Liegenschaft (einfache Gesellschaft)	705
 Sachregister	 713

Inhaltsverzeichnis

Grundlagen.....	1
§ 1 Einführung in das Familienrecht	1
I. Familienrecht: Begriff, Systematik und Beziehungen zu anderen	
Rechtsgebieten	2
1. Gegenstand des Familienrechts.....	2
a) Familie	2
b) Familienrecht	3
c) Charakterisierung der Regelungsbereiche.....	3
2. Gesetzesystematik	4
3. Charakterisierung des Familienrechts	5
a) Beschränkte Gleichstellung der Beteiligten	5
b) Einschränkung der Privatautonomie	6
c) Höchstpersönliche Rechte.....	6
4. Familienrecht im Rahmen der gesamten Rechtsordnung	8
5. Familienrecht und ausserrechtliche Faktoren	8
II. Historische Wurzeln und Revisionen des Familienrechts	9
1. Zur Vereinheitlichung des schweizerischen Eherechts	9
2. Revisionen des Familienrechts.....	10
a) Das neue Adoptionsrecht (i.K. seit 1.4.1973 und Anpassungen per 1.1.2018).....	11
b) Das neue Kindesrecht (i.K. seit 1.1.1978 und seitherige Anpassungen)	11
c) Bestimmungen über die fürsorgerische Freiheitsentziehung (i.K. seit 1.1.1981).....	11
d) Das neue Eherecht (i.K. seit 1.1.1988).....	12
aa) Rückblick auf das Eherecht vor 1988.....	12
bb) Gründe der Revision	12
cc) Ziele der Revision	12
dd) Gesetzgebungsaufrag für das Sozialversicherungs- und das Steuerrecht	13
e) Die Revision des Scheidungsrechts (i.K. seit 1.1.2000).....	13
aa) Gründe der Revision	13
bb) Ziele der Revision	14
f) Die Revision des Vormundschaftsrechts (Erwachsenenschutzrecht)	14
aa) Gründe der Revision	15
bb) Ziele der Revision	15
g) Die eingetragene Partnerschaft und die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare	15
h) Laufende Revisionen (Auswahl).....	16
aa) Revision Abstammungsrecht.....	16
bb) Familiennamensrecht: Erweiterung der Wahlmöglichkeiten ..	17

cc) Minderjährigenehe und Zwangsheiraten	17
dd) Weiteres Rechtsinstitut neben der Ehe?	18
III. Rechtsquellen	18
1. Bundesverfassung vom 18. Dezember 1998	18
2. ZGB und Schlusstitel ZGB sowie Partnerschaftsgesetz	18
3. Schweizerische Zivilprozessordnung	19
4. Ausländerrecht	19
5. IPRG	19
6. Verordnungen des Bundes	19
7. Kantonales Recht	20
8. Rechtsprechung	20
§ 2 Ehe und Ehrerecht	21
I. Begriff der Ehe	21
II. Die Ehe als Vertrag und Institution	22
III. Ehe und Kirche	22
IV. Schutz der Ehe als Institution	22
1. Gegenüber dem Staat	22
2. Unter Privaten	23
V. Ehrerecht im formellen und materiellen Sinn	24
§ 3 Die eheähnliche Lebensgemeinschaft (Konkubinat)	25
I. Überblick	26
1. Ausgangslage und Begriffliches	26
2. Unterschiede zur Ehe	27
3. Erscheinungsformen und gesellschaftliche Bedeutung	28
II. Rechtsquellen	29
1. Allgemeines	29
2. Rechtsgeschäft	29
a) Allgemeines	29
b) Inhalt	30
c) Begrenzung der Gültigkeit: Übermässige Bindung	31
3. Richterrecht	31
III. Zur rechtlichen Behandlung von Einzelaspekten der eheähnlichen Lebensgemeinschaft	32
1. Regeln, die grundsätzlich nicht angewendet werden	32
a) Verlöbnisregeln	32
b) Bestimmungen über die Wirkungen der Ehe, Eheguterrecht	33
2. Stellung gemeinsamer Kinder	33
a) Grundsatz	33
b) Familiennamen	34
c) Elterliche Sorge	35

3. Gemeinsame Mietwohnung.....	35
a) Beide Partner sind Mieter	35
b) Nur ein Partner ist Mieter	36
4. Eigentumsverhältnisse.....	37
a) Eigentumsverhältnisse während bestehender Lebens- gemeinschaft	37
b) Vermögensrechtliche Folgen der Trennung.....	38
5. Arbeitsleistungen	40
6. Geldleistungen und Unterhalt.....	40
a) Grundsatz.....	40
b) Nachpartnerschaftlicher Unterhalt	41
c) Zwangsvollstreckung	43
7. Haftpflichtrecht	44
8. Gesundheitsrecht.....	44
9. Vertretung	45
10. Steuerrecht	46
a) Einkommenssteuer.....	46
b) Erbschaftssteuer.....	47
11. Erbrecht.....	48
12. Sozialversicherungsrecht.....	49
13. Sozial(hilfe)recht.....	51
14. Verfahrensrecht.....	52
IV. Zusammenhang mit dem Ehrerecht	53
1. Bedeutung des Konkubinats für die Abänderung von Unterhalts- ansprüchen eines geschiedenen Ehegatten	53
2. Auswirkungen einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft bei der Festlegung des ehelichen bzw. nachehelichen Unterhaltsanspruchs ...	54
Das Ehrerecht	57
§ 4 Verlobung und Verlöbnis	57
I. Einführung	57
II. Begriffe	58
III. Die Verlobung als Vertrag	58
1. Persönliche Voraussetzungen.....	58
2. Form.....	59
3. Wirkungen.....	59
4. Kein Erfüllungsanspruch.....	60
IV. Beendigungsgründe	60
V. Folgen der Beendigung des Verlöbnisses ohne Eheschliessung	61
1. Rückgabe der Geschenke	61
2. Beitragspflicht.....	61
3. Genugtuung bei Verlöbnisbruch?.....	62

§ 5 Eheschliessung und Eheungültigkeit	63
I. Voraussetzungen	63
1. Ehefähigkeit	64
2. Ehehindernisse	64
a) Verwandtschaft und Stiefkindverhältnis	64
b) Frühere (noch bestehende) Ehe bzw. eingetragene Partnerschaft	64
c) Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern	65
II. Vorbereitung der Eheschliessung und Trauung	65
1. Vorbereitungsverfahren	65
2. Trauung	66
III. Eheungültigkeit	67
1. Grundsatz: keine Eheungültigkeit ohne gesetzliche Grundlage	67
2. „Nichtehe“ (Matrimonium non existens)	69
3. Unbefristete Ungültigkeit	69
a) Ungültigkeitsgründe	69
b) Klage	70
4. Befristete Ungültigkeit	70
a) Ungültigkeitsgründe	70
b) Klage	71
5. Wirkungen des Urteils	71
6. Verfahren auf Ungültigkeitserklärung einer Ehe	71
§ 6 Allgemeine Wirkungen der Ehe	73
I. Die eheliche Gemeinschaft	73
1. Begriff (Art. 159 Abs. 1 ZGB)	73
2. Dauer	73
3. Keine eigene Rechtspersönlichkeit	73
4. Inhalt und Wirkungen	74
a) Intern	74
b) Verhältnis zu anderen Bestimmungen	74
c) Extern	74
d) Stellung der Ehegatten	75
II. Die Organisation der ehelichen Gemeinschaft	76
1. Einträchtiges Zusammenwirken	77
a) Wahrung des Wohls und der Interessen der Gemeinschaft	77
b) Freie Vereinbarung der „Rollenverteilung“	77
c) Abänderbarkeit der Vereinbarung	77
d) Art. 159 ZGB als Grund- und Auslegungsnorm für das gesamte Eherecht	78
2. Treuepflicht (Loyalität)	78
a) Bedeutung	78
b) Konkretisierung der Treuepflicht in anderen Normen	79
3. Beistandspflicht (Solidarität)	79
a) Inhalt	79
b) Grenzen der Beistandspflicht	80
c) Verhältnis zur Unterhaltspflicht	80
4. Pflicht zum Zusammenleben	80

§ 7 Der persönliche Status der Ehegatten	83
I. Namen des täglichen Gebrauchs	83
1. Der amtliche Name	84
2. Der Nach- bzw. Familienname.....	84
a) Gesetzliche Regelung bis Ende 2012.....	84
b) Geltende gesetzliche Regelung seit 2013.....	85
c) Name der Kinder.....	86
3. Der Allianzname und der Name des täglichen Gebrauchs	86
4. Der Name der Ehegatten nach der Auflösung der Ehe.....	87
5. Der Begriff des «Ledignamens».....	88
6. Übergangsrecht	89
II. Bürgerrecht.....	89
1. Das Bürgerrechtsgesetz und Art. 161 ZGB.....	89
2. Bedeutung von Art. 161 ZGB	90
3. Bürgerrecht bei Auflösung der vor dem 1.1.2013 geschlossenen Ehe.....	90
4. Das Bürgerrecht der Kinder	91
5. Ausländische Ehegatten: Schweizer Bürgerrecht und Familien-nachzug	92
a) Ausländischer Ehegatte eines Schweizer Bürgers.....	92
b) Schweizerischer Ehegatte eines Ausländers.....	93
III. Wohnung und Wohnsitz der Ehegatten und Kinder	93
1. Eheliche Wohnung und Familienwohnung	93
a) Begriffe und Abgrenzungen.....	93
b) Bestimmung der ehelichen Wohnung	95
c) Rechte der Ehegatten im Zusammenhang mit der ehelichen Wohnung	95
2. Der Wohnsitz der Ehegatten	95
§ 8 Allgemeine vermögensrechtliche Wirkungen der Ehe	97
I. Unterhalt der Familie.....	98
1. Der eheliche Unterhalt nach Art. 163 ZGB.....	98
a) Allgemeines	98
b) Dauer der Unterhaltsleistungen.....	98
c) Umfang des Unterhalts	98
d) Konkretisierung des Lebensbedarfs	100
e) Beitragsarten	101
f) Aufteilung der Unterhaltsbeiträge unter den Ehegatten	102
g) Abänderbarkeit der Vereinbarung.....	103
h) Rechtsnatur des Unterhaltsanspruchs.....	104
i) Besonderheiten bei der Zwangsvollstreckung.....	105
j) Vollstreckung des Anspruchs zwischen den Ehegatten	106
2. Der Betrag zur freien Verfügung des haushaltführenden Ehegatten nach Art. 164 ZGB.....	106
a) Zweck der Bestimmung	106
b) Voraussetzungen	107
c) Angemessener Betrag	107
d) Rechtsnatur des Anspruchs und Zwangsvollstreckung	108
e) Güterrechtliche Zuordnung	109

3. Ausserordentliche Beiträge eines Ehegatten an den Familienunterhalt nach Art. 165 ZGB	109
a) Zweck der Bestimmung	109
b) Voraussetzungen	109
c) Angemessene Entschädigung	110
d) Arten von ausserordentlichen Beiträgen	110
aa) Mitarbeit in Beruf oder Gewerbe des anderen Ehegatten	110
bb) Geldbeiträge	112
cc) Verhältnis von Art. 165 ZGB zu Art. 320 Abs. 2 OR	112
e) Geltendmachung der Forderungen nach Art. 165 ZGB unter Ehegatten	113
f) Güterrechtliche Zuordnung der Ansprüche nach Art. 165 ZGB ...	113
II. Die «Vertretung» der ehelichen Gemeinschaft	114
1. Überblick	114
a) Bedeutung	114
b) Verhältnis zum allgemeinen Stellvertretungsrecht	114
c) Verhältnis zur Vertretung des Urteilsunfähigen	115
2. Voraussetzungen	115
a) Zusammenleben der Ehegatten	115
b) Bedürfnisse der Familie	116
3. Umfang der Vertretungsbefugnis	116
a) Ordentliche Vertretungsbefugnis	116
b) Ausserordentliche Vertretungsbefugnis	117
4. Wirkungen gegenüber Dritten	118
a) Grundsatz	118
b) Schutz des gutgläubigen Dritten	119
c) Verhältnis unter den Ehegatten	119
5. Entzug der Vertretungsbefugnis	120
a) Zuständigkeit und Anwendungsbereich	120
b) Wirkung der Entziehung	120
III. Rechtsbeziehungen eines Ehegatten mit dem anderen Ehegatten und mit Dritten	121
1. Grundsätzliches	121
2. Rechtsbeziehungen zwischen den Ehegatten im Besonderen	122
a) Allgemeines	122
b) Grenzen bei der Wahl und Ausübung der beruflichen Tätigkeit	123
c) Durchsetzbarkeit von Forderungen zwischen Ehegatten	123
IV. Der Schutz der Familienwohnung	124
1. Zweck der Bestimmung	124
2. Begriff der Familienwohnung	124
3. Beschränkung der Handlungs- bzw. Verfügungsfähigkeit	126
a) Grundsätzliches	126
b) Zustimmungsbedürftige Handlungen	126
c) Zustimmung	127
d) Folgen der fehlenden Zustimmung	127
4. Mietrechtlicher Schutz der Familienwohnung	128

V. Gegenseitige Auskunftspflicht	129
1. Grundsätzliches.....	129
2. Gerichtliche Durchsetzung des Anspruchs.....	130
§ 9 Eheschutz («Schutz der ehelichen Gemeinschaft»)	131
I. Zweck und Aufgabe des Eheschutzes	132
II. Massnahmen des Eheschutzes	133
1. Gerichtliche Massnahmen.....	133
2. Ehe- und Familienberatungsstellen	134
III. Voraussetzungen des gerichtlichen Eheschutzes	134
1. Formelle Eheschutzvoraussetzungen.....	134
2. Materielle Eheschutzvoraussetzungen.....	135
a) Vernachlässigung familiärer Pflichten durch einen Ehegatten.....	135
b) Uneinigkeit in einer für die eheliche Gemeinschaft wichtigen Angelegenheit.....	135
3. Hoffnung auf Wiedervereinigung der Ehegatten?.....	136
IV. Massnahmen nicht autoritativer Art	136
V. Autoritative Eheschutzmassnahmen.....	137
1. Allgemeines	137
2. Massnahmen während des Zusammenlebens	137
a) Festsetzung von Geldleistungen.....	137
b) Entzug der Vertretungsbefugnis und Ermächtigung zur Vertretung.....	138
3. Aufhebung des gemeinsamen Haushalts	138
a) Feststellung der Berechtigung zur Aufhebung des gemeinsamen Haushalts	138
b) Regelung des Getrenntlebens.....	139
aa) Festsetzung der Geldbeiträge	139
bb) Abgrenzung zum nachehelichen Unterhalt.....	142
cc) Zuteilung der Familienwohnung und des Hausrats	143
dd) Anordnung der Gütertrennung	143
ee) Massnahmen betreffend die Kinder.....	144
4. Weitere autoritative Eheschutzmassnahmen	144
a) Auskunftspflicht (Verweis).....	144
b) Anweisung an die Schuldner.....	145
c) Beschränkung der Verfügungsbefugnis	146
5. Gültigkeitsdauer und Abänderung der Eheschutzmassnahmen	148
a) Im Allgemeinen	148
b) Bei Hängigkeit des Scheidungsverfahrens	148
6. Vereinbarung der Ehegatten über die Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes.....	150

VI. Zuständigkeit und Verfahren	150
1. Örtliche Zuständigkeit bzw. Gerichtsstand	150
2. Sachliche Zuständigkeit	151
a) Allgemein	151
b) Exkurs zum Kindesrecht: Kompetenzabgrenzung zwischen Eheschutzgericht und Kinderschutzbehörde	151
3. Verfahren und Rechtsmittel	152
Ehescheidung und Ehetrennung	155
§ 10 Die Ehescheidung	155
I. Allgemeine Charakterisierung des Scheidungsrechts	158
II. Die Scheidungsgründe	159
1. Überblick	159
2. Die Scheidung auf gemeinsames Begehrn.....	161
3. Scheidung auf Klage eines Ehegatten	161
a) Scheidungsgrund des zweijährigen Getrenntlebens	161
b) Scheidungsgrund der Unzumutbarkeit der Fortsetzung der Ehe ...	162
III. Die persönlichen Wirkungen der Ehescheidung	165
IV. Die wirtschaftlichen Nebenfolgen der Ehescheidung	166
1. Güterrechtliche Auseinandersetzung.....	166
2. Wohnung der Familie.....	167
a) Zweck von Art. 121 ZGB	167
b) Voraussetzungen.....	167
c) Modalitäten.....	168
aa) Übertragung der Mietwohnung	168
bb) Einräumung eines Wohnrechts.....	169
3. Berufliche Vorsorge.....	170
a) Altersvorsorge im Allgemeinen	170
b) Grundzüge der beruflichen Vorsorge.....	172
c) Die Aufteilung der zweiten Säule: Ausgangslage	174
d) Aufteilung bei Scheidung vor Eintritt des Vorsorgefalles.....	176
aa) Grundsatz: (hälftige) Teilung der Austrittsleistung.....	176
bb) Durchführung der Teilung.....	178
cc) Einkäufe in die Pensionskasse während der Ehe	178
dd) Vorbeziehungen und Verpfändung der Austrittsleistung	179
ee) Barauszahlungen	180
e) Schematische Übersicht.....	181
f) Scheidung nach Eintritt des Vorsorgefalles Invalidität	182
g) Entschädigung bei Scheidung nach Eintritt des Vorsorgefalles Alter	182
aa) Grundsätzliches	182
bb) Beide Ehegatten sind bereits im Rentenalter	184
cc) Nur ein Ehegatte steht bereits im Rentenalter	185
h) Ausnahmen vom Grundsatz der hälftigen Teilung.....	185
aa) Einvernehmlicher Verzicht auf hälftige Teilung	185

bb)	Gerichtliche Verweigerung der hälftigen Teilung	186
cc)	Überhälfte Teilung	187
i)	Entschädigung in anderen Fällen (berufliche Vorsorge ausserhalb des BVG und FZG).....	188
4.	Nachehelicher Unterhalt.....	189
a)	Ausgangslage.....	189
b)	Gründe für nachehelichen Unterhaltsbedarf	190
c)	Kriterien für den nachehelichen Unterhalt: Übersicht.....	191
d)	Die Lebensprägung der Ehe und ihre Bedeutung für den Scheidungsunterhalt.....	192
aa)	Grundsätzliches	192
bb)	Insbesondere zur nicht lebensprägenden Ehe	193
cc)	Insbesondere zur lebensprägenden Ehe	193
e)	Eigenversorgung und zumutbare Erwerbstätigkeit	196
aa)	Grundsatz	196
bb)	Insbesondere zu den tatsächlichen und hypothetischen Erwerbseinkünften der geschiedenen Ehegatten	197
cc)	Insbesondere zum ausnahmsweise zumutbaren Vermögensverzehr	200
f)	Allgemeines zur Bemessung des nachehelichen Ehegattenunterhalts	202
aa)	Ausgangslage für die konkrete Berechnung.....	202
bb)	Methodik der Unterhaltsbemessung	203
g)	Insbesondere zur Existenzminimumberechnung mit Überschussverteilung	204
aa)	Übersicht	204
bb)	Zum Begriff des familienrechtlichen Existenzminimums	205
cc)	Aufteilung des Überschusses	206
dd)	Sparquote und Kontrollrechnung	207
h)	Mangellage: Rangfolge der Unterhaltsansprüche	208
i)	Ausserordentlich gute wirtschaftliche Verhältnisse	210
j)	Zum Vorsorgeunterhalt insbesondere	211
k)	Dauer des Unterhaltsbeitrages	212
l)	Bedingungen (insbes. Indexierung)	213
m)	Kapitalabfindung anstelle der Rente	214
n)	Kürzung insbesondere zufolge Rechtsmissbrauchs	215
o)	Erlöschen und nachträgliche Abänderung von Unterhaltsrenten	216
aa)	Allgemeines	216
bb)	Erlöschen von Gesetzes wegen	216
cc)	Aufhebung oder Abänderung nach vorheriger Vereinbarung	216
dd)	Nachträgliche Aufhebung oder Herabsetzung von Renten durch das Gericht	217
ee)	Nachträgliche Festsetzung oder Erhöhung von Renten durch das Gericht	218
ff)	Sistierung der Unterhaltsrente	219
gg)	Insbesondere zur Bedeutung eines Konkubinats	219
p)	Durchsetzung des Unterhaltsbeitrages	220

V. Kind und Scheidung der Eltern	221
1. Offizial- und Untersuchungsmaxime	221
2. Elterliche Sorge nach der Scheidung.....	222
a) Rückblick: Zuteilung der elterlichen Sorge an einen Elternteil.....	222
b) Gemeinsame elterliche Sorge als Regelfall, Obhut und Besuchsrecht	222
3. Anhörung des Kindes und Prozessbeistand.....	223
a) Anhörung des Kindes.....	223
b) Prozessbeistand.....	225
4. Kindesunterhalt (Verweis)	226
5. Änderung des Scheidungsurteils bezüglich der Kinderbelange.....	228
VI. Das Scheidungsverfahren	229
1. Zuständigkeit.....	229
2. Rechtshängigkeit.....	230
3. Vorsorgliche Massnahmen.....	230
4. Prozessgrundsätze	231
a) Beweiswürdigung und Beweismittel.....	231
b) Güterrecht und nachehelicher Unterhalt	231
c) Kinderbelange und Vorsorgeausgleich	232
d) Übersicht zu den Prozessgrundsätzen	233
5. Verfahrensablauf.....	234
a) Scheidung auf gemeinsames Begehr mit vollständiger Einigung.....	234
aa) Allgemeines	234
bb) Insbesondere zur Verbindlichkeit einer Scheidungskonvention.....	236
b) Teileinigung.....	238
c) Wechsel vom gemeinsamen Scheidungsbegehr zur Scheidungsklage	239
d) Zustimmung zur Scheidungsklage oder Widerklage	239
e) Einigungsverhandlung	240
f) Grundsatz der Einheit des Scheidungsurteils	241
6. Schematische Übersicht	242
7. Rechtsmittel	243
VII. Die Ehetrennung.....	244
Das Ehegüterrecht	245
§ 11 Allgemeine Vorschriften zum ehelichen Güterrecht	245
I. Güterrecht und Güterstand.....	246
1. Güterrecht	246
a) Begriff.....	246
b) Verhältnis zwischen Güterrecht und ehelichem Vermögensrecht....	246
2. Güterstände und ihre Ordnung	247
a) Begriff.....	247

b)	Überblick über die Güterstände	247
aa)	Ordentlicher, subsidiärer Güterstand.....	247
bb)	Vertragliche Güterstände.....	248
cc)	Ausserordentlicher Güterstand.....	248
3.	Übergangsrechtliche Güterstände des ZGB von 1907.....	248
a)	Weitergeltung des altrechtlichen Güterstandes	248
b)	Bedeutung der Güterverbindung bei Wechsel zur Errungenschaftsbeteiligung.....	249
II.	Der Ehevertrag	250
1.	Begriff und Gegenstand	250
2.	Voraussetzungen	251
a)	Persönliche Voraussetzungen	251
b)	Formelle Voraussetzungen.....	252
3.	Inhaltliche Schranken.....	253
a)	Typengebundenheit und Modifikationen	253
b)	Schranken der rechtsgeschäftlichen Autonomie beim Wechsel des Güterstandes	254
4.	Wirkungen des Ehevertrages.....	254
III.	Verhältnis des Güterrechts zu vertraglichen Gestaltungen der Eigentumsverhältnisse (insbes. Ehegattengesellschaft und Miteigentum)	255
IV.	Verwaltung des Vermögens der Ehegatten	255
1.	Zuständigkeit.....	255
2.	Verwaltung durch den Nichteigentümer	255
a)	Grundsatz: Vermutung eines Auftragsverhältnisses	255
b)	Wirkungen	256
V.	Inventar	257
1.	Zweck, Form und Mitwirkung	257
2.	Bedeutung des Inventars	257
VI.	Schutz der Gläubiger	258
1.	Zweck und Inhalt von Art. 193 ZGB	258
2.	Anwendungsbereich und Tatbestandsvoraussetzungen von Art. 193 ZGB	259
a)	Begründung und Änderung des Güterstandes	259
b)	Güterrechtliche Auseinandersetzung	259
c)	Entzug des Vermögens	260
VII.	Der ausserordentliche Güterstand der Gütertrennung.....	260
1.	Zweck und Wirkungen der Gütertrennung.....	260
2.	Eintritt des ausserordentlichen Güterstandes aufgrund gerichtlicher Anordnung.....	261
a)	Auf Begehr eines Ehegatten.....	261
b)	Auf Begehr der Aufsichtsbehörde in Betreibungs- und Konkursachen.....	263
c)	Zuständigkeiten und Verfahren.....	263

3. Eintritt des ausserordentlichen Güterstandes von Gesetzes wegen	263
4. Beginn der Wirkungen	264
5. Vornahme der güterrechtlichen Auseinandersetzung.....	264
6. Aufhebung der Gütertrennung	264
a) Aufhebung durch Ehevertrag.....	264
b) Aufhebung durch das Gericht	265
VIII. Örtliche und sachliche Zuständigkeit für Klagen über die güterrechtliche Auseinandersetzung.....	265
§ 12 Die Errungenschaftsbeteiligung	267
I. Allgemeine Charakterisierung	268
II. Überblick über die Gütermassen	268
III. Die einzelnen Gütermassen.....	269
1. Zum Begriff des Vermögenswertes.....	269
2. Errungenschaft	269
a) Gesetzliche Umschreibung	269
b) Entgeltlichkeit.....	269
c) Gesetztechnische Anmerkung zu Art. 197 Abs. 2 und Art. 198 ZGB.....	270
d) Grundsatz der Unveränderlichkeit der Gütermassen.....	270
e) Arbeitserwerb und industrielle Mehrwerte	270
f) Leistungen von Personalfürsorgeeinrichtungen, Sozialversicherungen und Sozialfürsorgeeinrichtungen	272
g) Entschädigungen wegen Arbeitsunfähigkeit	273
h) Erträge des Eigengutes.....	273
i) Ersatzanschaffungen für Gegenstände der Errungenschaft	274
3. Eigengut	275
a) Begriff.....	275
b) Gegenstände zum ausschliesslichen persönlichen Gebrauch eines Ehegatten	275
c) Vermögenswerte, die ein Ehegatte vor der Ehe (entgeltlich oder unentgeltlich) oder während der Ehe unentgeltlich erworben hat	276
d) Genugtuungsansprüche.....	277
e) Ersatzanschaffungen für Eigengut	277
f) Ehevertraglich begründetes Eigengut	278
4. Beweisfragen.....	279
a) Nachweis des Eigentums; Abgrenzung.....	279
b) Zuordnung zu den Gütermassen	279
5. Eigentumsunabhängige Vermögensaufteilung bei Auflösung des Güterstandes	280
IV. Verwaltung, Nutzung und Verfügung	280
V. Haftung	281
VI. Massenzuordnung von Schulden.....	281

VII. Zusammenwirken beider Gütermassen eines Ehegatten	283
1. Problemstellung	283
2. Massenzuordnung eines mit beiden Gütermassen erworbenen Vermögenswertes	283
3. Grundsatz: Variable Ersatzforderung nach Art. 209 Abs. 3 ZGB	284
4. Voraussetzungen der Ersatzforderung nach Art. 209 Abs. 3 ZGB im Einzelnen	285
a) Investition in einen Vermögenswert der anderen Gütermasse	285
b) Mehr- oder Minderwert	286
5. Berechnung des Mehr- bzw. Minderwertanteils	287
a) Im Allgemeinen	287
b) Berechnung bei mehreren Investitionen	288
6. Rechtsnatur der Mehr- und Minderwertbeteiligung	289
VIII. Investition eines Ehegatten in Vermögen des anderen Ehegatten	290
1. Problemstellung	290
2. Zweck der Bestimmung	290
3. Voraussetzungen	291
a) Investition in einen Vermögenswert des anderen Ehegatten	291
b) Verwendung der Investition	291
c) Ohne entsprechende Gegenleistung	291
d) Beschränkung auf konjunkturelle Mehrwerte	292
e) Keine Beteiligung am Minderwert (Nennwertgarantie)	293
4. Berechnung des Mehrwertanteils	293
a) Im Allgemeinen	293
b) Mehrere Investitionen in unterschiedliche Vermögenswerte	294
5. Rechtsnatur des Mehrwertanteils	294
6. Massenzuordnung	295
a) Im Vermögen des Berechtigten	295
b) Im Vermögen des Verpflichteten	296
aa) Fallkonstellation 1	297
bb) Fallkonstellation 2	297
cc) Fallkonstellation 3	298
7. „Neutralisation“ der Mehrwertbeteiligung durch Vorschlagsbeteiligung	299
8. Fälligkeit und Rückzahlbarkeit	300
9. Ausschluss der Mehrwertbeteiligung	300
IX. Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Art. 206 und 209 Abs. 3 ZGB	301
X. Hinzurechnung und Herabsetzung nach Art. 208 und 220 ZGB	303
1. Zweck der Bestimmungen	303
2. Tatbestände der Hinzurechnung	303
a) Übersicht	303
b) Unentgeltliche Zuwendungen ohne Zustimmung des Ehegatten ..	304
c) Vermögentsentäusserungen mit Schädigungssabsicht	305
3. Rechtsfolge der Vermögentsentäusserung	305
a) Wertmässige Hinzurechnung	305
b) Wirkung der Hinzurechnung	306

4. Berechtigte(r)	306
5. Klage gegen Dritte (Art. 220 ZGB).....	307
a) Grundsätzliches.....	307
b) Massgebender Wert	307
c) Frist.....	308
d) Prozessuales.....	308
6. Erbrechtliche Parallelbestimmung: Art. 527 Ziff. 1–3 bzw. 4 ZGB....	308
a) Unterschiede und Gemeinsamkeiten.....	308
b) Verhältnis von güterrechtlicher und erbrechtlicher Hinzurechnung.....	309
XI. Auflösung des Güterstandes und güterrechtliche Auseinander- setzung.....	310
1. Auflösung des Güterstandes.....	310
2. Zweck der güterrechtlichen Auseinandersetzung.....	310
3. Klärung der Vermögensverhältnisse	311
a) Rücknahme des Eigentums	311
b) Begleichung der gegenseitigen Schulden.....	312
c) Zuordnung von Schulden gegenüber Dritten	312
4. Berechnung des Vorschlags	312
a) Allgemeines	312
b) Vorgehensweise.....	313
aa) Zuweisung innerhalb des Vermögens jedes Ehegatten.....	313
bb) Massgebliche Zeitpunkte.....	313
cc) Feststellung und Begleichung von Ersatzforderungen zwischen den Gütermassen	314
dd) Berechnung und Zuordnung von Mehr- und Minderwert- anteilen.....	314
ee) Korrektur zugunsten des Eigengutes	315
ff) Hinzurechnung veräusserter Vermögenswerte	315
c) Bestimmung des Saldos der Errungenschaft	316
5. Verteilung des Vorschlags	317
a) Gesetzliche Regelung	317
b) Ehevertragliche Abänderung der Vorschlagsteilung.....	318
c) Zur Scheidungsresistenz einer abgeänderten Vorschlagsteilung...	319
6. Erfüllung der Ansprüche	320
a) Fälligkeit und besondere Zahlungsfristen	320
b) Klage gegen Dritte	320
c) Zuteilung von Wohnung und Hausrat bei Tod eines Ehegatten	321
§ 13 Die vertraglichen Güterstände	323
I. Die Gütergemeinschaft.....	323
1. Merkmale der Gütergemeinschaft	323
2. Überblick über die Gütermassen	324
3. Vertragsfreiheit innerhalb des Güterstandes.....	324
a) Überblick	324
b) Allgemeine Gütergemeinschaft.....	324
c) Errungenschaftsgemeinschaft	324
d) Ausschlussgemeinschaft	325

4. Das Gesamtgut	325
a) Umfang	325
b) Eigentumsverhältnisse	325
c) Beweisfragen	326
d) Verwaltung und Verfügung	326
5. Das Eigengut	327
a) Umfang und Entstehungsgründe	327
b) Nutzung, Verwaltung und Verfügung	328
6. Haftung der Ehegatten	328
a) Haftung gegenüber Dritten	328
aa) Unterscheidung zwischen Voll- und Eigenschulden	328
bb) Vollschulden	328
cc) Eigenschulden	329
dd) Übersicht	330
b) Schulden unter den Ehegatten	330
7. Besonderheiten der Schuldbetreibung	330
8. Auflösung des Güterstandes und güterrechtliche Auseinandersetzung	331
a) Feststellung des Gesamtgutes	332
b) Bestimmung der Anteile	332
c) Durchführung der Teilung	333
d) Güterrechtliche Auseinandersetzung bei gerichtlicher Auflösung der Ehe oder gesetzlicher bzw. gerichtlicher Gütertrennung	333
II. Die Gütertrennung	334
1. Merkmale der Gütertrennung	334
2. Vereinbarung und Anordnung der Gütertrennung	334
3. Überblick über die Vermögen der Ehegatten	335
4. Verhältnisse während des Güterstandes	335
5. Güterrechtliche Auseinandersetzung	336
§ 14 Grundstücke in der güterrechtlichen Auseinandersetzung	337
I. Einführung und Problemstellung	338
II. Alleineigentum eines Ehegatten	340
1. Eigentums- und Massenzuordnung der Liegenschaft	340
a) Eigentum	340
b) Massenzuordnung bei Errungenschaftsbeteiligung	340
c) Ersatzforderung der anderen Gütermasse (Art. 209 Abs. 3 ZGB)	341
d) Insbesondere Eigenleistungen des Eigentümer-Ehegatten	342
2. Zuordnung von Gewinn und Verlust bei Auflösung des Güterstandes im Allgemeinen	342
3. Finanzierung unter Beteiligung des anderen Ehegatten	343
a) Allgemeines	343
b) Investition mit Mehrwertbeteiligung gemäss Art. 206 ZGB	344
aa) Grundsatz	344
bb) Bei zeitlich gestaffelten Investitionen	344

4. Finanzierung mit Hilfe von Hypotheken und WEF-Vorbezügen	346
a) Zuordnung der Liegenschaft	346
b) Zuordnung der Hypothek	347
c) Berechnung und Zuordnung von Mehr- oder Minderwert- anteilen auf einer Hypothek	348
aa) Aufteilung des Mehrwerts auf die beteiligten Güter- massen des Eigentümers	348
bb) Praktisches Vorgehen	348
cc) Ausnahme 1: Finanzierung der Hypothek durch die andere Gütermasse des Eigentümers	350
dd) Ausnahme 2: Aufteilung von Mehr- und Minderwerten bei einer dem Nichteigentümer zugeteilten Hypothek	351
ee) Übersicht	353
d) Finanzierung mit WEF-Vorbezügen	353
III. Miteigentum beider Ehegatten	355
1. Ausgangslage und Zuordnung der Liegenschaft	355
2. Wertveränderungen und Ersatzforderungen	356
a) Gleichmässige Finanzierung durch beide Ehegatten	356
b) Ungleiche Beiträge der Ehegatten bei Errungenschafts- beteiligung	357
aa) Ausgangslage	357
bb) Ausschliessliche Verwendung von Errungenschaft	357
cc) Zuordnung von Mehrwerten bei Beteiligung von Eigengut ..	357
dd) Zuordnung von Minderwerten bei Beteiligung von Eigengut ..	359
ee) Beteiligung einer Hypothek und/oder eines WEF-Vor- bezugs	360
c) Ungleiche Beiträge der Ehegatten bei Gütertrennung	361
3. Auflösung des Miteigentums	362
IV. Gesamteigentum zufolge Ehegattengesellschaft	362
1. Begriff und Bedeutung	362
2. Gesellschaftsvertrag	363
3. Gesellschaftsbeschlüsse, Vertretung und Haftung	363
4. Auflösung der Ehegattengesellschaft	363
5. Güterrechtliche Auseinandersetzung	365
V. Rechtsgeschäftsplanerische Bemerkungen zum Liegenschafts- erwerb durch Ehegatten	366
1. Allgemeines	366
2. Vorteile gemeinschaftlichen Eigentums	366
3. Risiken gemeinschaftlichen Eigentums	367
4. Fazit	369
VI. Sonderfall: Erwerb der Liegenschaft vor der Eheschliessung	370

Die Verwandtschaft	373
§ 15 Grundlagen des Kindesrechts	373
I. Begriff und Reichweite des Kindesrechts	373
1. Kindesrecht im engeren Sinn	373
2. Kindesrecht im weiteren Sinn	374
II. Das Kindesverhältnis	375
1. Begriff.....	375
2. Bedeutung des rechtlichen Kindesverhältnisses.....	376
III. Das Kindeswohl	377
1. Zweck und Bedeutung.....	377
2. Begriff und Inhalt.....	378
§ 16 Entstehung des Kindesverhältnisses	381
I. Allgemeines und Überblick.....	382
II. Das Kindesverhältnis zur Mutter.....	385
1. Entstehung.....	385
a) Im Allgemeinen	385
b) Unbekannte oder streitige Mutterschaft	386
c) Besonderheiten bei der künstlichen Fortpflanzung.....	386
2. Bedeutung des Kindesverhältnisses zwischen Mutter und Kind	386
3. Erlöschen	387
III. Das Kindesverhältnis zum Vater bzw. zum zweiten Elternteil.....	387
1. Im Allgemeinen.....	387
2. Die vermutete Vaterschaft des Ehemannes	388
a) Voraussetzungen.....	388
b) Besonderheiten bei der künstlichen Fortpflanzung.....	389
c) Zusammentreffen zweier Vermutungen.....	390
d) Heirat der Eltern nach der Geburt des Kindes.....	390
e) Streitige Vermutung.....	390
f) Anfechtung der Vaterschaft nach Art. 256 ff. ZGB	391
aa) Aktiv- und Passivlegitimation	391
bb) Klagegrund.....	392
cc) Klagefristen.....	393
dd) Wirkungen des Urteils.....	393
3. Die Elternschaft der Ehefrau der Mutter	394
4. Begründung des Kindesverhältnisses durch Anerkennung	395
a) Allgemeines	395
b) Begriff.....	395
c) Voraussetzungen.....	395
d) Wirkung	396
e) Anfechtung der Anerkennung.....	397
aa) Allgemeines und Klagelegitimation	397
bb) Klagegrund.....	397
cc) Fristen	398
dd) Wirkungen der erfolgreichen Anfechtung.....	398

5.	Begründung des Kindesverhältnisses durch Urteil – Die Vaterschaftsklage.....	399
a)	Im Allgemeinen	399
b)	Voraussetzungen	399
c)	Parteien	399
d)	Klagegrund	400
e)	Klagefrist	400
f)	Wirkung.....	401
6.	Erlöschen	401
IV.	Adoption.....	401
1.	Im Allgemeinen.....	401
2.	Voraussetzungen der Adoption	403
a)	Übersicht.....	403
b)	Eigenschaften der/des Adoptierenden.....	403
aa)	Allgemeines	403
bb)	Gemeinschaftliche Adoption.....	404
cc)	Einzeladoption	404
dd)	Stiefkindadoption	405
c)	Alter des zu Adoptierenden	405
d)	Vorgängiges Pflegeverhältnis	406
aa)	Pflegeverhältnis als Voraussetzung der Adoption	406
bb)	Begriff und Rechtsnatur des Pflegeverhältnisses	407
e)	Kindeswohl.....	407
f)	Zustimmungen	409
aa)	Zustimmung der leiblichen Eltern	409
bb)	Zustimmung der urteilsfähigen zu adoptierenden Person.....	410
cc)	Zustimmung der Kinderschutzbehörde	410
g)	Besondere Voraussetzungen der Erwachsenenadoption	411
3.	Wirkungen der Adoption.....	412
a)	Entstehung des Kindesverhältnisses zu den Adoptiveltern	412
b)	Erlöschen des bisherigen Kindesverhältnisses.....	412
c)	Name des Kindes	413
d)	Bürgerrecht des Adoptivkindes.....	413
e)	Endgültigkeit.....	413
4.	Verfahren	414
a)	Allgemeines	414
b)	Zuständigkeit	414
c)	Ablauf des Verfahrens	414
aa)	Vermittlung und Pflegeplatzbewilligung	414
bb)	Entscheid über das Absehen von der Zustimmung.....	415
cc)	Gesuch	415
d)	Untersuchung der wesentlichen Umstände	416
e)	Entscheid	416
5.	Anfechtung der Adoption.....	417
6.	Adoptionsgeheimnis und Informationsrechte.....	417
7.	Persönlicher Verkehr mit den leiblichen Eltern.....	419

V. Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung.....	419
1. Im Allgemeinen.....	419
2. Recht auf Kenntnis der eigenen Elternschaft?.....	420
§ 17 Wirkungen des Kindesverhältnisses	421
I. Übersicht	424
II. Die Gemeinschaft der Eltern und der Kinder.....	425
1. Allgemeines	425
2. Personenstand	425
a) Familienname	425
aa) Namenserwerb bei verheirateten Eltern	425
bb) Namenserwerb bei nicht verheirateten Eltern.....	426
cc) Nachträgliche Änderung des Familiennamens	428
b) Bürgerrecht	430
c) Wohnsitz.....	430
3. Beistand und Gemeinschaft.....	431
a) Im Allgemeinen	431
b) Zu den einzelnen Inhalten	432
III. Die Unterhaltpflicht.....	433
1. Im Allgemeinen.....	433
a) Gegenstand, Umfang und Dauer	433
b) Begriffsklärung: Bar-, Natural- und Betreuungsunterhalt.....	434
c) Insbesondere zum Barunterhalt.....	435
d) Insbesondere zum Betreuungsunterhalt	437
aa) Hintergrund und Ausgangslage	437
bb) Zur Berechnung und zur Höhe des Betreuungsunterhalts ...	438
e) Die Unterhaltsverpflichteten.....	441
f) Aufteilung des Unterhalts unter die Eltern und Vollstreckung	442
2. Volljährigenunterhalt im Besonderen	443
3. Ansprüche der unverheirateten Mutter	446
4. Verfahren	447
a) Allgemeines	447
b) Unterhaltsvertrag	447
c) Unterhaltsurteil und Abänderung.....	449
IV. Die elterliche Sorge.....	451
1. Begriff.....	451
2. Inhaber	452
a) Voraussetzungen der elterlichen Sorge.....	452
aa) Kindesverhältnis.....	452
bb) Volljährigkeit und fehlende umfassende Beistandschaft.....	452
b) Die Inhaber der elterlichen Sorge im Einzelnen	452
aa) Gesetzesrevision: Gemeinsame elterliche Sorge als Regel- fall	452
bb) Verheiratete Eltern	453
cc) Elterliche Sorge nach einer Scheidung.....	453

dd) Unverheiratete Eltern	454
ee) Tod eines Elternteils.....	455
c) Ausschluss eines Elternteils von der elterlichen Sorge wegen Gefährdung des Kindeswohls	455
3. Dauer der elterlichen Sorge.....	457
4. Inhalt der elterlichen Sorge	458
a) Vorname	458
b) Erziehung.....	458
c) Obhut: Begriff vor und nach der Revision	459
aa) Begrifflichkeit vor der Revision.....	459
bb) Geltendes Recht	460
d) Regelung der Obhut bzw. der Betreuungsanteile.....	461
e) Aufenthaltsbestimmung	463
aa) Grundsätzliches.....	463
bb) Umzug bei gemeinsamer elterlicher Sorge.....	464
cc) Umzug bei Alleinsorge: Informationspflichten	466
f) Vertretung	466
aa) Bei Urteilsunfähigkeit des Kindes.....	466
bb) Bei Urteilsfähigkeit des Kindes.....	467
cc) Inhalt der Vertretungsbefugnis.....	467
5. Schranken der elterlichen Sorge.....	469
6. Vorkehren bei Uneinigkeit der Eltern in nicht alltäglichen Belangen.....	469
V. Besuchsrecht (Persönlicher Verkehr).....	472
1. Sinn und Zweck	472
2. Berechtigte	472
3. Verpflichtete	473
4. Inhalt und Umfang; Kosten.....	474
5. Schranken des Rechts auf persönlichen Verkehr und Entzug des Besuchsrechts	476
6. Regelung und Durchsetzung des persönlichen Verkehrs	477
7. Recht auf Information und Auskunft.....	479
VI. Kinderschutz.....	479
1. Begriff.....	479
2. Grundsätze des Kinderschutzes	480
3. Massnahmen	480
a) Geeignete Massnahmen	481
b) Beistandschaft.....	481
c) Entzug des Aufenthaltsbestimmungsrechts und der Betreuung	482
d) Entzug der elterlichen Sorge	484
e) Neuregelung der elterlichen Sorge/Obhut/Betreuungsanteile i.S.v. Art. 298d ZGB (Verweis)	485
4. Änderung und Dauer der Massnahmen	485
5. Zuständigkeit.....	486
6. Verfahren	486
7. Exkurs: Fehlende elterliche Sorge.....	488

VII. Das Kindesvermögen.....	488
1. Begriff.....	488
a) Im Allgemeinen	488
b) Kindesvermögen i.w.S., Kindesvermögen i.e.S. und freies Kindesvermögen	488
2. Befugnisse und Pflichten der Inhaber der elterlichen Sorge.....	489
a) Kindesvermögen i.e.S.	489
aa) Verwaltung.....	489
bb) Verwendung.....	490
b) Freies Kindesvermögen	490
aa) Nach besonderer Anordnung.....	490
bb) Arbeitserwerb, Berufs- und Gewerbevermögen	491
3. Kindesvermögensschutz.....	491
4. Ende der elterlichen Befugnisse	492
§ 18 Die Familiengemeinschaft.....	493
I. Überblick.....	493
II. Die Verwandtenunterstützungspflicht.....	494
1. Funktion.....	494
2. Voraussetzungen	495
a) Notlage des Berechtigten	495
b) Unterstützungspflichtige Verwandte.....	496
3. Umfang	498
a) Im Allgemeinen	498
b) Verhältnis zu Leistungen der sozialen Sicherheit im Besonderen....	498
4. Geltendmachung des Anspruchs und Subrogation	498
III. Die Hausgewalt.....	499
1. Begriff.....	499
2. Bedeutung	499
3. Die Haftung des Familienhauptes	499
4. Der Lidlohn.....	501
IV. Das Familienvermögen	502
1. Im Allgemeinen.....	502
2. Familienstiftung	502
3. Familienfideikommiss	502
4. Gemeinderschaft	502
5. Familientrust	503
Das Erwachsenenschutzrecht.....	505
§ 19 Grundsätze, Organisation und Verfahren	505
I. Vom Vormundschaftsrecht zum Erwachsenenschutzrecht	507
1. Entwicklung des Vormundschaftsrechts im ZGB	507
2. Erarbeitung des neuen Rechts; aktuelle Revisionsbestrebungen	508

II. Begriff, Aufgabe und Rechtsnatur des Erwachsenenschutzrechts.....	509
1. Begriff.....	509
2. Aufgabe und Rechtsnatur.....	510
III. Rechtsquellen.....	511
1. Bundesrecht.....	511
a) Verfassung.....	511
b) Bundesgesetze.....	512
2. Kantonales Recht	512
3. Internationales Recht.....	513
IV. Rechtsinstitute des Erwachsenenschutzrechts – Arten und Übersicht....	513
V. Grundsätze des Erwachsenenschutzrechts.....	514
1. Verhältnismässigkeit.....	514
2. Stufenfolge der Massnahmen des Erwachsenenschutzrechts	515
3. Subsidiaritätsprinzip.....	517
4. Typengebundenheit.....	517
VI. Erwachsenenschutz und Handlungsfähigkeit	518
VII. Organisation und Verfahren im Allgemeinen.....	519
1. Die Behörden des Erwachsenenschutzrechts	519
a) Erwachsenenschutzbehörde	520
aa) Allgemeines	520
bb) Fachkenntnis	520
cc) Organisation.....	521
dd) Aufgaben.....	522
b) Aufsichtsbehörde	523
c) Das Amt des Beistandes.....	524
d) Gerichtliche Beschwerdeinstanz.....	526
e) Weitere Behörden und Stellen	527
2. Verfahren	528
a) Zuständigkeit der Erwachsenenschutzbehörden	528
aa) Allgemeines	528
bb) Örtliche Zuständigkeit.....	528
cc) Wechsel des Wohnsitzes oder des Aufenthaltes.....	529
dd) Sachliche Zuständigkeit	530
b) Anordnung der Massnahmen – Grundzüge des Verfahrens.....	530
aa) Überblick.....	530
bb) Gefährdungsmeldung	531
cc) Verfahrensgrundsätze und Abklärung des Sachverhalts.....	532
dd) Vorsorgliche Massnahmen	533
ee) Entscheid und Vollstreckung	534
c) Beschwerde und andere Rechtsbehelfe	534
aa) Beschwerde an die Erwachsenenschutzbehörde.....	534
bb) Beschwerde an die gerichtliche Beschwerdeinstanz	535
cc) Beschwerde an die Aufsichtsbehörde.....	537

d) Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Mitteilungspflichten....	538
e) Auskunftspflicht gegenüber Dritten.....	538
VIII. Erwachsenenschutzrechtliche Verantwortlichkeit	540
§ 20 Die Rechtsinstitute des Erwachsenenschutzrechts	543
I. Die eigene Vorsorge.....	545
1. Allgemeines	545
a) Ausgangslage	545
b) Übersicht über die gesetzliche Regelung	547
2. Der Vorsorgeauftrag	547
a) Inhalt des Vorsorgeauftrages	547
b) Vorsorgebeauftragte Person.....	548
c) Form und Errichtung.....	549
d) Hinterlegung und Register	550
e) Widerruf und Erlöschen des Vorsorgeauftrags	551
f) Urteilsunfähigkeit des Auftraggebers	552
g) Aufgaben des Beauftragten.....	553
h) Aufgaben der Behörden	556
aa) Abklärungspflichten.....	556
bb) Auslegung und Ergänzung des Vorsorgeauftrags.....	557
cc) Verfügung und Urkunde.....	557
dd) Behördliche Eingriffsmöglichkeiten	558
3. Die Patientenverfügung.....	559
a) Ausgangslage	559
b) Inhalt und beauftragte Person	560
c) Form, Errichtung und Widerruf	561
d) Wirkung der Patientenverfügung	562
e) Aufgaben der Erwachsenenschutzbehörde.....	565
II. Massnahmen von Gesetzes wegen bei Urteilsunfähigen.....	566
1. Ausgangslage	566
2. Gesetzliches Vertretungsrecht.....	566
a) Allgemeines	566
b) Vertretungsberechtigte Personen	567
c) Inhalt des Vertretungsrechts	567
d) Aufgaben der Erwachsenenschutzbehörde.....	569
3. Vertretung bei medizinischen Massnahmen.....	569
a) Ausgangslage	569
b) Gesetzliches Vertretungsrecht.....	570
c) Zur Vertretung berechtigte Personen	571
d) Vorgehen bei Dringlichkeit der medizinischen Massnahme oder bei Fehlen einer vertretungsberechtigten Person.....	573
e) Aufgaben der Erwachsenenschutzbehörde.....	574
III. Die behördlichen Massnahmen	575
1. Bedeutung	575
2. Amtsgebundene Massnahmen (Beistandschaften)	575
a) Allgemeines	575

b)	Voraussetzungen.....	576
c)	Insbesondere zur Umschreibung der Aufgaben des Beistandes....	578
d)	Die Beistandschaften im Einzelnen	579
aa)	Begleitbeistandschaft	579
bb)	Vertretungsbeistandschaft	579
cc)	Vermögensverwaltungsbeistandschaft	580
dd)	Mitwirkungsbeistandschaft	581
ee)	Kombinierte Beistandschaft	582
ff)	Umfassende Beistandschaft.....	582
e)	Übersicht über die Beistandschaftsarten	584
f)	Die Ernennung des Beistandes.....	584
aa)	Geeignete Person.....	584
bb)	Wünsche der betroffenen Person.....	587
cc)	Annahmepflicht und Amtsdauer	588
dd)	Entschädigung	588
g)	Die Führung der Beistandschaft.....	589
aa)	Übernahme des Amtes und Inventarpflicht	589
bb)	Verhältnis zur betroffenen Person und Vertretungsrecht.....	590
cc)	Vermögensverwaltung	591
dd)	Pflichten des Mitwirkungsbeistandes	592
ee)	Sorgfalts-, Verschwiegenheits- und Informationspflichten..	593
h)	Ende des Amtes des Beistandes	593
i)	Mitwirkung der Erwachsenenschutzbehörde	595
3.	Eigenes Handeln der Erwachsenenschutzbehörde.....	596
4.	Die fürsorgerische Unterbringung.....	598
a)	Allgemeines	598
b)	Voraussetzungen der fürsorgerischen Unterbringung	599
aa)	Schwächezustand	599
bb)	Besondere Schutzbedürftigkeit.....	599
cc)	Verhältnismässigkeit	600
c)	Rechtsfolgen	601
aa)	Unterbringung oder Zurückbehaltung	601
bb)	Geeignete Einrichtung.....	601
cc)	Vertrauensperson	602
d)	Dauer der Unterbringung und Entlassung.....	603
e)	Zuständigkeit	604
aa)	Für die Unterbringung und Zurückbehaltung	604
bb)	Für die Entlassung.....	605
f)	Verfahren	606
aa)	Vor der Erwachsenenschutzbehörde	606
bb)	Bei Einweisung durch Ärzte oder Rückbehaltung durch die Klinik	606
cc)	Gerichtliche Überprüfung	607
g)	Behandlung und Zwangsmassnahmen	608
aa)	Rechtsgrundlagen und Vorgehen	608
bb)	Abgrenzungsfragen im Zusammenhang mit der Behandlung urteilsunfähiger Personen.....	611
IV.	Exkurs: Aufenthalt in Wohn- oder Pflegeeinrichtungen	613

Intertemporales Recht und internationales Privatrecht	617
§ 21 Intertemporales Recht	617
I. Gegenstand des intertemporalen Rechts	617
II. Allgemeine Regeln des schweizerischen intertemporalen Privatrechts	618
1. Grundsatz der Nichtrückwirkung	618
2. Ausnahmen	619
a) Art. 2 SchlT ZGB	619
b) Art. 3 SchlT ZGB	619
c) Art. 4 SchlT ZGB	620
III. Bedeutung für das Eherecht	621
1. Bedeutung für das Eheschliessungs- und Ehescheidungsrecht	621
a) Eheschliessung	621
b) Ehescheidung	621
2. Bestimmungen über die allgemeinen Wirkungen der Ehe	624
a) Wirkungen der Ehe im Allgemeinen	624
b) Name und Bürgerrecht für vor dem 1. Januar 1988 bzw. vor dem 1. Januar 2013 geschlossene Ehen	625
3. Güterrecht	625
a) Nach dem 1. Januar 1988 geschlossene Ehen	625
b) Übersicht: Vor dem 1. Januar 1988 geschlossene Ehen	626
c) Vor dem 1. Januar 1988 geschlossene Ehen ohne Ehevertrag	627
aa) Grundsatz: Unterstellung unter das neue Recht	627
bb) Ausnahmen der Rückwirkung	627
d) Vor dem 1. Januar 1988 geschlossene Ehen mit Ehevertrag	628
aa) Grundsatz: Weitergeltung des ehevertraglich bestimmten Güterstandes	628
bb) Ausnahmen	628
IV. Bedeutung für das Kindesrecht	629
1. Regeln bei den grundlegenden Revisionen	629
a) Revisionen des Adoptionsrechts	629
b) Revisionen des Abstammungsrechts	630
aa) Grundzüge des alten Kindesrechts	630
bb) Übergangsrechtliche Regelung	631
cc) Elternschaft bei gleichgeschlechtlicher Ehe	631
2. Regeln bei weiteren Revisionen des Kindesrechts	632
a) Herabsetzung des Volljährigkeitsalters	632
b) Gemeinsame elterliche Sorge geschiedener und unverheirateter Eltern	632
aa) Gemäss der Revision des Scheidungsrechts	632
bb) Einführung der gemeinsamen elterlichen Sorge als Regelfall	632
c) Anpassung an das internationale Adoptionsrecht	633
d) Betreuungsunterhalt	633

V. Bedeutung für das Erwachsenenschutzrecht	634
1. Allgemeines zum früheren Vormundschaftsrecht	634
2. Übersicht über die Rechtsinstitute des alten Vormundschaftsrechts	635
3. Übergangsrecht zum Erwachsenenschutzrecht	636
§ 22 Internationales Privatrecht	639
I. Gegenstand des internationalen Privatrechts	641
1. Nationale Rechtsordnungen	641
2. Internationaler Sachverhalt	641
3. Vorrang internationaler Vereinbarungen	642
4. Ausgewählte bi- und multilaterale Verträge mit Bezug zum Familienrecht	642
a) Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK)	642
b) Lugano-Übereinkommen	643
c) Die Haager Übereinkommen	644
aa) Übereinkommen über die Anerkennung von Ehescheidungen und Ehetrennungen	644
bb) Übereinkommen über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht	645
cc) Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen	645
dd) Übereinkommen über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption	645
ee) Haager Kinderschutzübereinkommen (HKsÜ)	645
ff) Übereinkommen über den internationalen Schutz von Erwachsenen	646
gg) Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung	646
d) Weitere das Familienrecht betreffende Übereinkommen (Auswahl)	647
II. Das Bundesgesetz über das internationale Privatrecht	648
1. Allgemeines	648
2. Wesentliche Grundsätze	648
a) Gegenstand und Geltungsbereich	649
b) Zuständigkeit von schweizerischen Gerichten und Behörden	649
c) Anwendbares Recht	649
d) Wohnsitz, Sitz und Staatsangehörigkeit	651
e) Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen	651
3. Die IPRG-Bestimmungen im Ehrerecht	652
a) Eheschliessung	652
aa) Zuständigkeit	652
bb) Anwendbares Recht	652
cc) Anerkennung der Eheschliessung im Ausland	653
b) Wirkungen der Ehe im Allgemeinen	653
aa) Zuständigkeit	653

bb)	Anwendbares Recht	654
cc)	Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheide....	654
c)	Ehegüterrecht.....	654
aa)	Zuständigkeit.....	654
bb)	Anwendbares Recht	655
cc)	Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen	655
d)	Scheidung und Trennung.....	656
aa)	Zuständigkeit.....	656
bb)	Anwendbares Recht	657
cc)	Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheide....	657
4.	IPRG-Bestimmungen im Kindesrecht.....	658
a)	Feststellung und Entstehung des Kindesverhältnisses	658
b)	Wirkungen des Kindesverhältnisses	660
c)	Kinderschutzmassnahmen	660
5.	Erwachsenenschutzrecht	661
6.	IPRG-Bestimmungen im Recht der eingetragenen Partnerschaft bzw. bei gleichgeschlechtlicher Ehe	662
Anhang I	Illustration Unterhaltsberechnung ohne Betreuungsunterhalt	665
Anhang II	Illustration Unterhaltsberechnung mit Betreuungsunterhalt.....	669
Anhang III	Illustration Berechnung Vorsorgeausgleich	679
Anhang IV	Beispiel einer güterrechtlichen Auseinandersetzung.....	681
Anhang V	Beispiel einer Liegenschaftsfinanzierung mittels WEF-Vorbezug (güter- und vorsorgerechtliche Folgen)	687
Anhang VI	Miteigentum bei einer Liegenschaftsfinanzierung mittels Hypothek und ungleichmässigen Investitionen	699
Anhang VII	Beispiel einer Abrechnung über eine zu Gesamteigentum erworbene Liegenschaft (einfache Gesellschaft)	705
Sachregister		713